

EDITORIAL

„Verklemmte“ Lage

Eine „verklemmte“ Lebenslage zerdrückt von allen Seiten und schränkt alle Möglichkeiten ein. Für ein Individuum kann ein solcher Zustand zur inneren Leere führen. Für eine Gesellschaft bedeutet eine solche Lage die Wegnahme aller völkerrechtlich festgelegten Rechte und Freiheiten. Um diese Verkrustung durchzubrechen, muss gehandelt und gekämpft werden. Das beweisen aktuelle politische Umbrüche einiger arabischer Länder auf ihrem Weg zur Demokratie. Das Geld betreffend, ähneln die Folgen einer „verklemmten“ Finanzlage obigen Umständen. Finanzielle Löcher machen im Leben viele Entscheidungen unmöglich. Leere Staatskassen erschweren und verhindern gar zukunftssträchtige Vorhaben und Reformen im ganzen Land. Daher muss die Politik vieler Länder genauso mutig und glaubwürdig reagieren, um die blockierende Lage der öffentlichen Finanzen in den Griff zu bekommen. Der aktuelle Leitartikel erläutert, warum der sanierungsbedürftige Zustand der Staatshaushalte nur mit viel Zeit, Geld und Vertrauen bewältigt werden kann. EL

STAATSVerschULDUNG

Zeit, Geld und Vertrauen für Staatsfinanzen

Mitte Januar sind die Anleiheemissionen durch Portugal, Spanien und Italien erfolgreich abgewickelt worden hat. Damit hat die Angst vor einem unmittelbar bevorstehenden Staatsbankrott eines Euro-Landes etwas nachgelassen. Das bietet Zeit, darüber nachzudenken, wie die von Existenznöten gepeinigten PIIGS (Portugal, Irland, Italien, Griechenland und Spanien) ohne Absturz in eine Staatspleite von den Schuldenbergen herunter kommen könnten. Die Antwort lautet: Im besten Fall braucht das viel Zeit, viel Geld und viel Vertrauen. *Von Thomas Straubhaar*

Es braucht viel Zeit, weil die rasante Zunahme der Staatsverschuldung der PIIGS-Länder zu Teufelskreisen führen kann. Dafür sind einerseits automatische Stabilisatoren verantwortlich. In der Rezession gehen die Steuereinnahmen zurück, weil die Beschäftigung sinkt und die Gewinne ausbleiben. Wenn weniger Menschen eine Beschäftigung haben, sinken die Steuern, und es muss mehr Geld für die Arbeitslosen eingeplant werden. Die Staatsausgaben fallen also in wirtschaftlich schlechten Zeiten nicht, sie steigen. Eine Verringerung der Staatsausgaben würde bedeuten, die Hilfe für Menschen ohne Beschäftigung zu kürzen – und das in einer Zeit zunehmender Arbeitslosigkeit. Massenproteste wären eine unmittelbare Folge.

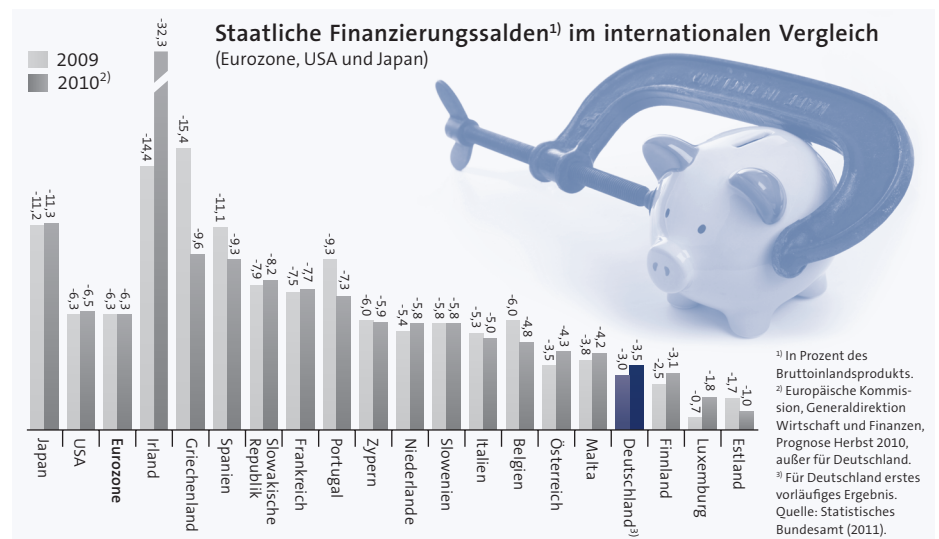
Andererseits würde eine Steuererhöhung jene treffen, die eh schon mehr leisten müssen, um die Sozialtransfers an andere zu finanzieren. Damit werden Leistungsanreize geringer. Bleibt vom Brutto weniger Netto, gehen zunächst die Kaufkraft und als Folge die Konsumausgaben zurück. Dann sinken Umsätze und Beschäftigung. Und als Ergebnis verringern sich die Steuereinnahmen. Man hat dann gerade das Gegenteil dessen erreicht, was man wollte. Die Schulden werden größer statt kleiner. Deshalb sollten Regierungen in Rezessionen die Steuern senken, um die Konjunktur anzukurbeln. Das wiederum heißt jedoch, dass kurzfristig die Defizite steigen, bevor sie frühestens mittelfristig zurückgehen und langfristig Überschüsse erzielt werden können.

IN DIESER AUSGABE

Zeit, Geld und Vertrauen für Staatsfinanzen Seite 1/2

Revision des HWWI-Rohstoffpreisindex Seite 3

Kreisportraits „Landwirtschaft und Klimawandel“ Seite 4



Die aktuellen Wirtschaftsdaten aus den PIIGS-Staaten veranschaulichen die Notlage, in der sich hoch verschuldete Euro-Länder befinden. Sie müssten eigentlich die Steuereinnahmen erhöhen und die Staatsausgaben reduzieren, um die öffentlichen Haushalte zu sanieren. So mindestens lautet die Vereinbarung, die sie mit den europäischen Zahlmeistern vereinbart haben, um unter den gemeinsamen Rettungsschirm schlüpfen zu dürfen. Beide Maßnahmen verschärfen aber unmittelbar die ohnehin schon dramatisch schlechte ökonomische Lage. Denn die Rezession hat die PIIGS-Staaten im festen Griff. Griechenlands Bruttoinlandsprodukt (BIP) wird in 2011 mit fast 3 % schrumpfen. In Portugal wird das BIP bestenfalls unverändert bleiben. In Spanien dürfte das BIP nach einer zweijährigen Rezession zwar wieder leicht wachsen, aber die Arbeitslosigkeit wird nur knapp unter 20 % verharren.

Es braucht viel Geld, weil die Schuldenspirale den peripheren Euro-Ländern hart zusetzt. Das schwache Wachstum und die hohen Risikoprämien für die Refinanzierung werden noch auf Jahre hinaus die öffentliche Verschuldung ein Dauerthema bleiben lassen, selbst wenn die Länder einem strengen Sanierungskurs folgen und selbst wenn die starken Euroländer solidarisch zu Überbrückungskrediten Hand bieten werden. Das bedeutet wohl auch, dass es ohne eine Umschuldung zulasten heutiger Gläubiger nicht zu einer nachhaltigen Lösung kommen kann. Damit steht auch für starke Euroländer enorm viel auf dem Spiel. Das zeigt ein Blick auf die gesamte Verschuldung privater und öffentlicher Haushalte Griechenlands, Irlands, Portugals und Spaniens. Am Ende des zweiten Quartals 2010 belief sich der Schuldenstand auf insgesamt 2,3 Billionen US-Dollar. Alleine Deutschland hat Forderungen gegenüber den vier Ländern von über 500 Milliarden US-Dollar, davon mehr als 200 Milliarden gegenüber Spanien und gut 180 Milliarden gegenüber Irland. Um den nicht zu vermeidenden Schaden zu minimieren, muss der Forderungsverzicht geordnet er-

folgen. Sonst kann es rasch zu einem Domino-Effekt kommen, der selbst starke Euroländer mitreißen könnte. Denn angesichts der gewaltigen Dimensionen würde ein kompletter Kreditausfall auch deutsche Banken und Versicherungen treffen – härter als die Pleite von Lehman Brothers.

Schließlich braucht es viel Vertrauen, weil Schulden machen, Schulden bedienen und vor allem Schulden verlängern – also refinanzieren – insbesondere eine Frage des Vertrauens in die Kreditwürdigkeit und die Zahlungsfähigkeit des Schuldners sind. Staatsschulden sind nicht grundsätzlich negativ. Vielmehr ist erstens entscheidend, wozu das Geld eingesetzt wird, das für das Entstehen von Staatsschulden verantwortlich ist. Und dabei zeigt sich dann, dass es bei öffentlichen Defiziten meistens weniger um die Verschuldung als um die Verwendung der Staatsausgaben geht. Somit sind die Effekte der Staatsverschuldung eher Verteilungs- und weniger Allokationsprobleme.

Zweitens müssen die Schulden den Sicherheiten bzw. das Fremdkapital dem Eigenkapital gegenüber gestellt werden. Ein einseitiger Blick auf die staatliche Verschuldung lässt außer Acht, welche Vermögenswerte und Finanzierungsmöglichkeiten ein Staat hat. So reduziert sich die Schuldenlast, wenn von den Bruttoschulden die Vermögenswerte des Staates abgezogen werden. Auf diese Weise ergibt sich die Nettoverschuldung des Staates, die eine höhere Aussagekraft als die Bruttoverschuldung besitzt.

Drittens haben die Staaten bei der Ausgabe von Staatsanleihen eine viel wichtigere Sicherheit als die ausgewiesenen Vermögenswerte zu bieten: den Zugriff auf die inländischen Steuerquellen. Das ist eine Sicherheitsgarantie, die selbst hoch verschuldete Staaten kreditwürdig bleiben lässt. Aus dem Grunde gilt ein Land wie Japan trotz seiner immens viel höheren Staatsverschuldung von fast 200 % des BIP nicht als Pleitekandidat wie die mit weniger als 100 % des BIP verschuldete Euro-Zone.

Solange die japanische Bevölkerung einmal als Gläubiger und einmal als Steuerzahler „ihrem“ Land bzw. „ihrer“ Regierung Kredite verlängern und Geld überlassen, geht es um Verteilungsfragen, nicht aber ums staatliche Überleben an sich.

Staatsschulden werden erst dann problematisch, wenn sie:

- die Ressourcen eines Landes überbeanspruchen, also die Rendite der mit Staatsausgaben finanzierten Projekte geringer ist als die Zinszahlungen, die für die Schuldenbedienung zu entrichten sind. Historisch war das regelmäßig in Kriegszeiten oder nach dem Ausbruch systemischer Finanzmarktkrisen der Fall.
- von Notenbanken unter Aufgabe ihrer vornehmsten Zielsetzung – der Wahrung der Geldwertstabilität – in großem Umfang monetarisiert werden. Dann werden Staatsanleihen beziehungsweise Kredite an staatliche Organe direkt durch zusätzliche Geldschöpfung der obersten Währungshüter finanziert. Dieser Ausweitung der Geldmengenaggregate steht kein entsprechend erhöhtes Güterangebot zur Seite. Es entstehen in der Regel inflationäre Prozesse.

Auf den Finanzmärkten nehmen Sorgen zu, dass die mit der Euro-Krise zusammenhängenden Risiken sich im Laufe 2011 stärker auf Deutschland auszuwirken beginnen. Die Angst vor Inflation wächst. Die deutsche Teuerungsrate, ist im Januar mit 2,0 % so stark gestiegen wie seit über zwei Jahren nicht mehr. Es ist daher an der Zeit, dagegenzuhalten. Dazu müssen die Euro-Regierungen mit langfristigen und nachhaltigen Haushaltsplänen und die Europäische Zentralbank im Kampf gegen die Inflationserwartungen beide ihren Beitrag leisten. Sonst drohen teure Verluste: Entweder durch einen einschneidenden Forderungsverzicht in Form einer Umschuldung oder durch eine schleichende Geldentwertung.

EMPFEHLENSWERTE LITERATUR

Publikationen des HWWI zum Thema finden Sie in unserem Dossier „Staatsverschuldung“ unter: www.hwwi.org.

Revision des HWWI-Rohstoffpreisindex

Die Rohstoffpreise sind von erheblicher Bedeutung für die Weltkonjunktur. Über die Importrechnung beeinflussen sie die Preis- und damit auch die Einkommensentwicklung in den Verbraucherländern. Über den Zeitverlauf hinweg ändern sich die international gehandelten Rohstoffmengen und einzelne Rohstoffe verlieren an Bedeutung, während andere zunehmend benötigt werden. Aus diesem Grund finden etwa alle 10 Jahre Revisionen des HWWI-Rohstoffpreisindex statt. Dabei werden die Gewichtungen im Index entsprechend der geänderten Rohstoffimportwerte verändert. Zu Beginn dieses Jahres hat eine solche Revision stattgefunden und ab Januar 2011 wird der HWWI-Rohstoffpreisindex mit aktualisierten Gewichten veröffentlicht. *Von Leon Leschus*

Im HWWI-Rohstoffpreisindex sind die wichtigen international gehandelten Rohstoffe enthalten. Die Auswahl der Rohstoffe wurde dabei mit Hilfe des Warenverzeichnisses für die Außenhandelsstatistik (SITC, Revision 3) getroffen. Ausnahmen waren allerdings dann erforderlich, wenn aktuelle bzw. repräsentative Weltmarktpreise fehlen. Insgesamt sind im HWWI-Rohstoffpreisindex 28 Rohstoffe vertreten. Wichtigstes Kriterium bei der Auswahl der Rohstoffpreise war, dass sie das Marktgeschehen gut abbilden. Es wird am besten durch die Tagespreise für standardisierte Qualitäten an den internationalen Warenbörsen oder durch auf Auktionen ermittelte Preise erfüllt, da diese überwiegend auch als Basis für die Preise der Importkontrakte für Rohstoffe dienen.

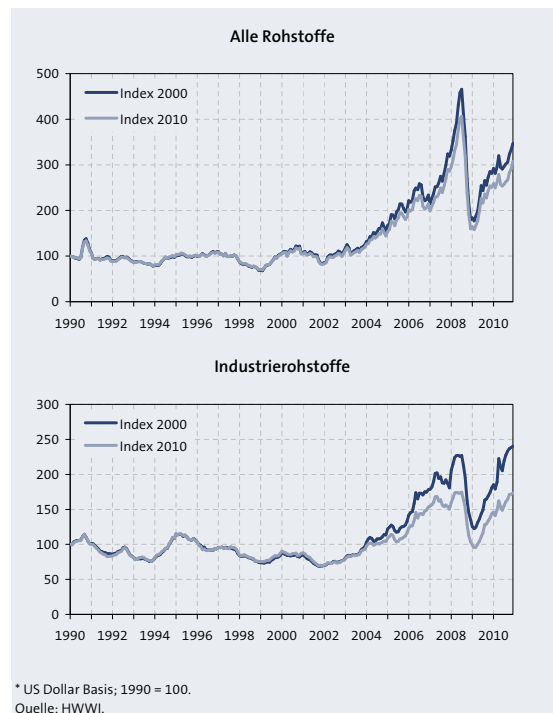
Bei dem HWWI-Rohstoffpreisindex wird die Güterstruktur einer bestimmten Periode als Gewichtsschema zugrunde gelegt. Dabei dienen als Gewichte die Anteile der einzelnen Rohstoffe am gesamten Rohstoffimport der Industrieländer (alle OECD-Länder, die nach dem Internationalen Währungsfonds zu den Advanced Economies zählen), ohne den Binnenhandel innerhalb der Europäischen Union. Beim HWWI-Index „Euroland“, der zusätzlich berechnet wird, um frühzeitig auf rohstoffbedingte Verteuerungen im Euroraum hinweisen zu können, wurden entsprechend die Importe des Euroraums aus Drittländern herangezogen. Mit den festgelegten Gewichten beantwortet der Index die Frage, in welchem Maße sich die Rohstoffimporte gegenüber dem Basisjahr verteuert oder verbilligt haben. Um den Einfluss jährlicher Schwankungen bei den Rohstoffimporten abzumildern, wurden wie bisher die Importwerte

für drei möglichst aktuelle, aufeinanderfolgende Jahre ausgewählt. Für den HWWI-Rohstoffpreisindex sind dies die Jahre 2005 bis 2007, während für den HWWI-Index „Euroländer“ aktuellere Handelszahlen zur Verfügung standen und die Gewichte damit aus den Jahren 2007 bis 2009 berechnet werden konnten.

Der Vergleich der Gewichte im neuen Index mit denen der Vorgänger-Version zeigt, dass Mineralöl ein größeres Gewicht hat als bei der vorangegangenen Fassung aus dem Jahr 2003. Im neuen Index hat Mineralöl ein Gewicht von knapp 74 %, zuvor waren es 63 %. Im Wesentlichen

ergibt sich der Anstieg daraus, dass die Ölpreise in den Jahren 2005–2007 gegenüber der Vergleichsperiode 1999–2001 um das 1,5-fache höher waren. Trotz dieses Preisanstiegs haben europäische und US-amerikanische Rohölimporte um über 22 % zugenommen. Beim Vergleich der beiden Zeitspannen sind dagegen die Preise für Nahrungs- und Genussmittel sowie Agrarrohstoffe weniger stark angestiegen. Hier lagen die Preiserhöhungen überwiegend nur bei 40 % bis 60 %. Bei einzelnen NE-Metallen haben sich zwar die Preise stark verteuert, jedoch stiegen ihre importierten Mengen weit weniger an als bei Rohöl.

Weil die Energierohstoffe mit ihrem hohen Anteil die Bewegung des Gesamtindex entscheidend beeinflussen, wird wie bisher ein Teilindex für Rohstoffe ohne Energieträger berechnet. Dieser setzt sich wieder aus verschiedenen Teilindizes zu-



sammen. Dabei wird untergliedert in Nahrungs- und Genussmittel sowie Industrierohstoffe. Beim Teilindex ohne Energie haben Industrierohstoffe nach wie vor das größte Gewicht. Der Vergleich der Indexentwicklung zeigt nur geringe Unterschiede zwischen der alten und der neuen Version des Index (siehe Grafik). Die höheren Werte des alten Index zeigen, dass dieser die Rohstoffkosten etwas überschätzt hat. Rohstoffe, deren Preise besonders stark angestiegen sind, haben in dem neuen Index an Gewicht verloren, während andere Rohstoffe, deren Preise weniger stark angestiegen sind, an Gewicht gewonnen haben. So stieg der Preis für Baumwolle im Zeitraum von Januar 2010 bis Dezember in US-Dollar um mehr als 95 % im Teilindex für Industrierohstoffe an, wohingegen die Preissteigerungen bei Aluminium und Blei bei nur 5 % bzw. 1,6 % lagen. <http://hwwi-rohindex.de>

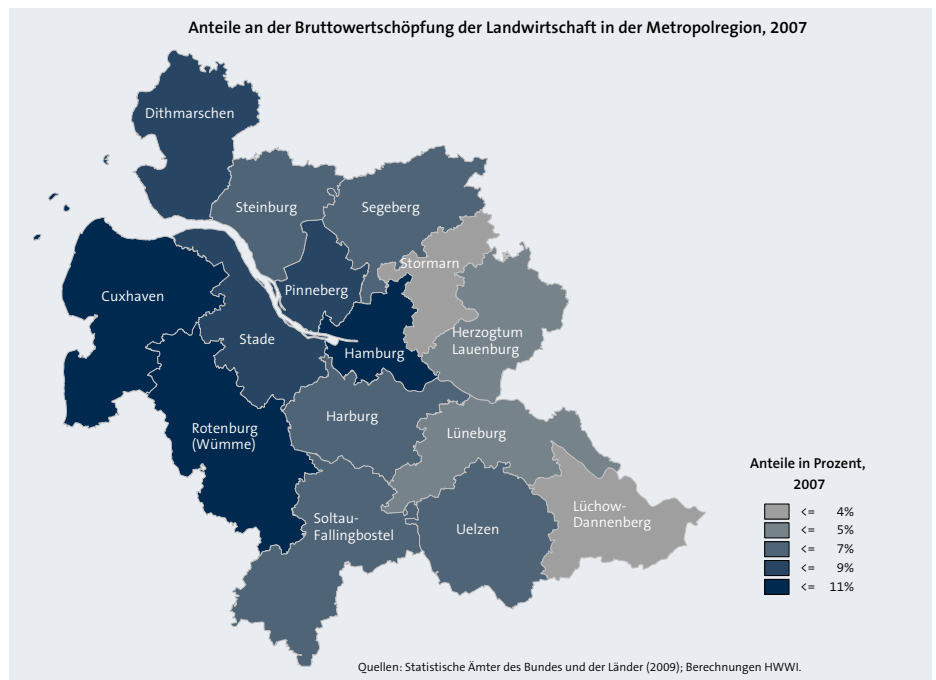
Kreisportraits „Landwirtschaft und Klimawandel“

Das HWWI hat im Rahmen des Projektes „KLIMZUG-NORD“ den Landwirtschaftssektor in der Metropolregion Hamburg näher untersucht und für jeden der 14 Kreise der Metropolregion sowie für die Hansestadt Kurzportraits erstellt. Die Veröffentlichung erfolgt im März dieses Jahres. Es zeigt sich, dass innerhalb der Metropolregion starke Unterschiede in den landwirtschaftlichen Strukturen und damit in den zu erwartenden Auswirkungen des Klimawandels bestehen. *Von Sebastian Döll und Julia Kowalewski*

Der Landwirtschaftssektor ist in vielen Kreisen der Metropolregion ein wichtiger Arbeitgeber. Gerade die dörflichen und weiter von der Hansestadt entfernten Regionen sind stark durch diesen Sektor geprägt. Beispielsweise betrug der Anteil der Erwerbstätigen in der Landwirtschaft im Jahr 2008 im niedersächsischen Landkreis Cuxhaven 7,4 % (4 994 Personen) und im schleswig-holsteinischen Kreis Dithmarschen 6,6 % (3 669). Innerhalb der urbanen Strukturen der Stadt Hamburg ist der Anteil mit 0,5 % an allen Erwerbstätigen zwar sehr gering. Doch sind hier immerhin 5 373 Personen im landwirtschaftlichen Bereich tätig.

Die Ausrichtung auf den wenig flächenintensiven und hoch produktiven Gartenbau schlägt sich auch in der hohen Bruttowertschöpfung nieder, die Hamburg in der Landwirtschaft erzielt. Mit einem Anteil von 10,6 % (144 Millionen Euro) trägt die Hansestadt den größten Teil zur Bruttowertschöpfung dieses Sektors in der Metropolregion bei (siehe Grafik). Beobachtungen der jüngeren Vergangenheit zeigen in allen Kreisen eine Abnahme der Anzahl der Betriebe, während der Anteil der Großbetriebe mit mehr als 100 ha deutlich zugenommen hat. Zudem zeigt sich, dass viele Landwirte versuchen, durch den Bau von Biogasanlagen neue Einnahmequellen zu erschließen. Allein im Landkreis Rotenburg (Wümme) gab es 2009 bereits 65 Biogasanlagen, die eine elektrische Leistung von 28 000 kW_{el} erbrachten.

Durch den Klimawandel ist damit zu rechnen, dass die Trockenheit im Sommer zunehmen wird und die Wintermonate feuchter werden. Der Klimawandel wird zudem



die Verbreitung von Schadorganismen begünstigen. Davon ist ebenfalls die Viehhaltung betroffen. Diese ist auch einer zunehmenden Belastung des Viehs in Form von Hitzestress ausgesetzt. Auf das Pflanzenwachstum wirkt der Klimawandel über einen Anstieg des CO₂-Gehalts, über die Temperaturzunahme und die Veränderung des Wasserhaushalts. Je nach bestehendem Klima und erwarteter Klimaänderung können diese Effekte positiv oder negativ ausfallen. Auch innerhalb der Metropolregion bestehen deutliche Unterschiede. Beispielsweise wird in den niederschlagsreichen Küstenregionen aufgrund der höheren CO₂-Konzentration ein positiver Wachstumseffekt bei Dauergrünland erwartet.

Im Obstanbau im Alten Land macht sich die durch die erhöhte Temperatur verlängerte Vegetationsperiode bereits bemerkbar. Die Apfelblüte hat sich im Vergleich zu

1961 um 12 Tage verfrüht. Allerdings hat sich auch das Auftreten von Schädlingen aufgrund des wärmeren Klimas erhöht, wodurch die Klimaänderung sowohl positive als auch negative Folgen hat.

In den relativ niederschlagsarmen Landkreisen Uelzen, Lüchow-Dannenberg und Lüneburg werden negative Auswirkungen des Klimawandels auf die Landwirtschaft erwartet. Die in dieser Region angebauten Hackfrüchte werden bereits heute künstlich beregnet. Zukünftig geringere Niederschläge im Sommer erfordern eine Anpassung durch effizientere landwirtschaftliche Beregnung oder ein Ausweichen auf trockenheitsresistentere Pflanzenarten.

EMPFEHLENSWERTE LITERATUR

Publikationen des HWWI zum Thema finden Sie in unserem Dossier „KLIMZUG-NORD“ unter: www.hwwi.org.